



Agrarsubventionen umverteilen - Vielfalt fördern

~~Massentierhaltung~~

Agrarreform

für nachhaltige Landwirtschaft ↑ 2013



Agrarsubventionen umverteilen – Vielfalt fördern! 3

Agrarsubventionen der Ersten Säule – Millionen für Millionäre 4

Und wie viele Subventionen bekommen Bauernhöfe? 5



Milchseen, Butterberge, Fleischlager – und sterbende Höfe 6

Heißversprechen Wachstum und Export 7

EU-Agrarexporte: Wirtschaftlich aussichtslos und klimapolitisch fatal! 8



Landwirtschaft im Klimawandel 9

Lebensversicherung Artenvielfalt 11

Überdüngung – Quellen und Folgen 12



Massentierhaltung auf dem Vormarsch 13

Wenn schon Fleisch, dann Biofleisch oder NEULAND-Fleisch 14

Gesunde Ernährung, Umwelt- und Klimaschutz ergänzen sich 15



Regional und saisonal – 1. Wahl 16

Agrarreform – dringender denn je. 17

Mein Agrargeld gezielt für die Umwelt! 19



Impressum Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Friends of the Earth Germany, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, www.bund.net, Text: Reinhild Benning, **Titelbild:** istockphoto.com, PahaM, **V.i.S.d.P.:** Dr. Norbert Franck, **Telefon:** 0 30/2 75 86-40, **Fax:** -440, **E-Mail:** info@bund.net, © Berlin, April 2010, 2. Auflage, **Gestaltung und Herstellung:** Natur & Umwelt Verlag, Claudia Gunkel, **Bestellnummer:** 55.060K, **Druck:** Z.B.!



Agrarsubventionen umverteilen – Vielfalt fördern!



© www.sxc.hu/Kent Murray

„Public Money only for Public Goods“ oder „Steuergeld nur für öffentliche Güter“ wie artgerechte Tierhaltung, Klima- und Artenschutz in der Landwirtschaft – das fordert der BUND.

Sie lieben den Duft von Wildblumen? Sie lieben Spaziergänge durch Felder mit blühenden Rainen und Hecken? Genießen Sie gern regionale, handwerklich gefertigte Spezialitäten? Sei es ein kräftiger Bergkäse, ein traditionell geräucherter Schinken oder einen Kräuterschnaps? Legen Sie Wert auf bezahlbares sauberes Wasser? Und greifen auch Sie beim Einkauf immer öfter auch mal ins Bioregal? Fein. Dann wissen Sie, was Bauern leisten können – außer Massentierhaltung, Überdüngung und Überschussproduktion.

Ob und wie viele Bäuerinnen und Bauern im Einklang mit Umwelt, Natur und Tierschutz besonders gesunde und regional typische Lebensmittel erzeugen können, das hängt maßgeblich davon ab, wie in Brüssel und in den Staaten der Europäischen Union die Subventionen für die Landwirtschaft verteilt werden. Aktuell fließen pro Jahr fast 60 Milliarden Euro an EU-Geldern in die Agrarwirtschaft. Bis spätestens 2013 entscheiden die EU-Kommission, das Europäische Parlament und die EU-Staaten, wie viel und wofür künftig die Agrarsubventionen gezahlt werden.

Weil die Subventionen und die Richtlinien aus Brüssel bisher die Industrialisierung der Landwirtschaft vorantreiben, geht es bei der anstehenden Agrarreform darum, ob unsere Lebensmittel künftig eher von Bauernhöfen oder überwiegend aus Agrarfabriken stammen. Entscheidend ist dabei, ob Berlin und Brüssel Bauernhöfe und eine nachhaltige Landwirtschaft überhaupt erhalten wollen. Wenn ja, muss die Politik wirksame Regeln für den Markt mit landwirtschaftlichen Gütern entwickeln. Dazu gehört es, die Überproduktion abzubauen und die Mindeststandards für den Umwelt- und Tierschutz deutlich anzuheben. Gleichzeitig müssen die Subventionen strikt an Nachhaltigkeitsziele gebunden werden.

Der BUND setzt sich für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft nach dem Leitbild des ökologischen Landbaus ein. Dazu fordern wir eine Umkehr in der Agrarpolitik und eine gerechte Verteilung der Agrarsubventionen gezielt für eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft und eine gesunde Umwelt.

Agrarsubventionen der Ersten Säule – Millionen für Millionäre



Zu den größten Profiteuren der 1. Säule zählen viele Industrievertreter:

Südzucker AG: 34,4 Millionen Euro Agrarzahungen 2008 · Südzucker weist für das Geschäftsjahr 2008/2009 einen Gewinn von knapp 190 Millionen Euro aus.

August Storck KG: 3,3 Millionen Euro Agrarzahungen 2008 · 2007 betrug der Brutto-Werbeaufwand des Schokoherstellers rund 80 Millionen Euro.

Tönnies-Fleisch: 2,7 Millionen Euro Agrarzahungen 2008 · Europas größter Fleischer. Tönnies ist nicht nur Schalke-Sponsor. Gegen das Unternehmen wurde im Jahre 2008 ein Bußgeld von 80.000 Euro wegen illegaler Videoüberwachungsmaßnahmen vom Datenschutzbeauftragten verhängt, das rechtskräftig wurde. Demnächst soll es noch ein Verfahren wegen Verstößen gegen Lebensmittelkennzeichnungsregeln geben, weil statt 45 % Rindfleisch nur 25 bis 36 % Rindfleisch in Hackfleischmischungen enthalten gewesen sein sollen.

Rethmann: 2,6 Millionen Euro Agrarzahungen 2008 · Abkömmling der Rethmanns, eine der reich-

sten Familien Deutschlands, die den Müllkonzern Remondis besitzt.

Nordmilch: 1,8 Millionen Euro Agrarzahungen 2008, ebenso viel aus EU-, Bundes- und Landesgeldern in 2007 · Dennoch baute der Konzern 116 Stellen ab. Kennzeichen des Konzerns: Milram-Milchprodukte und sehr niedrige Milchpreise für die Bauern. Gewinn 2007: über 31 Millionen Euro.

Ferrero: 1,2 Millionen Euro Agrarzahungen 2008. Allein für Werbung gab der Fabrikant von Nutella 2008 über 300 Millionen Euro aus. **Kraft Food, Zott und Nestlé** tauchen in der Datenbank für Transparenz bei Agrarsubventionen mit je über einer viertel Million Euro aus Brüsseler Agrargeldern auf, allein im Jahr 2008.

Der BUND fordert eine grundlegende Umverteilung der EU-Agrarsubventionen. Statt Millionen für Millionäre muss das staatliche Geld, für eine umweltfreundliche Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung und Bauernhöfe mit vielen Arbeitsplätzen eingesetzt werden.

Und wie viele Subventionen bekommen Bauernhöfe?



© Joachim Müllerchen/ Wikipedia

Kein Ziel für Subventionen: Der Erhalt von Knicks und Hecken mit reicher Artenvielfalt in einer Grünlandregion. Daher wird dieses Landschaftsbild immer seltener.

Der BUND meint: Die Verteilung des Geldes in der 1. Säule hat keine Legitimation. Es muss umverteilt werden. Jeder Euro muss zielgerichtet konkrete Nachhaltigkeitsziele wie Klima-, Arten- und Gewässerschutz befördern. Nur dann haben kleinere Höfe, die oft mehr Hecken, Feldränder und Baumbestände aufweisen, und alle Betriebe, die die Umwelt schonen und pflegen, eine Chance auf einen Ausgleich für diese Umweltleistungen.

Über die Hälfte der Bauern in Deutschland und Europa bekommen nicht einmal 5.000 Euro pro Jahr.

Die größten Agrargüter in Deutschland erhalten dagegen ein Drittel der gesamten Direktzahlungen, obwohl sie lediglich 1,5 Prozent der Betriebe darstellen.

Die Direktzahlungen werden nach dem Prinzip der Gießkanne ausgeschüttet: Im EU-Schnitt erhält ein Bauer rund 260 Euro je Hektar. In Deutschland sind es gut 340 Euro und in den neuen Mitgliedsstaaten 120 Euro je Hektar. Klar, dass dann die Großbetriebe auch die höchsten Direktzahlungen erhalten – statt der umweltfreundlichsten Höfe.

Verteilung der Direktzahlungen an Agrarbetriebe in Deutschland

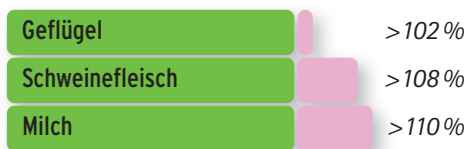
Direktzahlungen	Anzahl der Empfänger	Anteil an der Gesamtzahl der Empfänger	Gesamtwert der Direktzahlungen	Anteil am Gesamtwert der Direktzahlungen
< 5.000 €	190.584	50,4 %	303 Mio. €	5,4 %
5.000–20.000 €	115.751	30,6 %	1.257 Mio. €	22,3 %
20.000–50.000 €	55.252	14,6 %	1.693 Mio. €	30,1 %
50.000–100.000 €	11.116	2,9 %	734 Mio. €	13,0 %
100.000–> 1 Mio. €	5.694	1,5 %	1.612 Mio. €	29,3 %
Summe	378.397	100 %	5.599 Mio. €	100 %

Quelle: BMELV 2006

Milchseen, Butterberge, Fleischlager – und sterbende Höfe

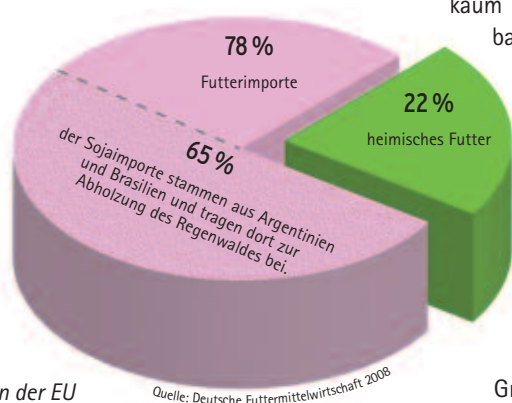
Die bisher geltenden EU-Richtlinien und Gesetze und die ungerecht verteilten Direktzahlungen haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die intensive Landwirtschaft Überschüsse produziert, und zwar ausgerechnet bei den Lebensmitteln, deren Produktion die größten Klimaschäden verursachen: Fleisch und Milch.

Selbstversorgungsgrad der EU mit Milch und Fleisch:



Quelle: EU-Kommission

Dabei fehlt in der EU die Futtergrundlage für all die Schweine, Hühner, Puten und Rinder. Insbesondere Eiweißfutter (Protein) wird hierzulande kaum noch angebaut. Es ist für



Quelle: Deutsche Futtermittelwirtschaft 2008

In der EU wächst nur ein Fünftel des Eiweißfutters für die Massentierhaltung. Rund 44 Millionen Tonnen (78%) werden jährlich importiert.

Die Futtermittelindustrie billiger, Soja aus Südamerika und den USA zu importieren. Der Großteil der importierten Soja ist gentechnisch verändert und wird mit großen Mengen hochgiftiger Pestizide produziert.

65 Prozent der Sojaimporte stammen aus Argentinien und Brasilien und tragen dort zur Abholzung des Regenwaldes bei. Die Überproduktion in Europa verursacht somit auch in anderen Ländern massive Klimaschäden.

Fazit:

- Selbstversorgung gibt es trotz hoher EU-Zahlungen an die Landwirtschaft nicht: Die EU und Deutschland sind hochgradig abhängig von Protein-Importen.
- Die EU-Landwirtschaft beansprucht in Ländern des Südens 20 Prozent mehr Agrarfläche als bei uns zur Verfügung steht¹.
- Die EU-Beimischungspflicht für Agrarkraftstoffe vergrößert unseren ökologischen Fußabdruck noch zusätzlich.

¹ Quelle Steger 2005

Wem nutzen die Überschüsse?

Die Überproduktion belastet nicht nur das Klima, sondern auch die Staatskasse. Überschüsse werden mit Hilfe unserer Steuergelder in riesigen (Kühl-)Hallen gelagert oder exportiert. Es gibt aber auch Profiteure: Die Fleischberge und Milchseen ermöglichen Discountern und Supermärkten, Schlachthöfen und Molkereien, die Preise gegenüber den Bauern zu senken. So benötigt ein Milchbauer rund 40 Cent je Liter Milch, um seine Produktionskosten zu decken. Er bekommt aber nur zwischen 20 und 30 Cent von den Molkereien. Deshalb sehen rund 80 Prozent der Milchbauern ihre Existenz gefährdet und protestieren gegen die EU-Politik. Sie fordern, dass die Politik die Produktionsmengen für Milch begrenzen soll auf den Bedarf innerhalb der EU. Das ist auch eine wichtige Forderung für den Klimaschutz.

Auch die Preise für Schweinefleisch sind niedriger als die Erzeugungskosten der meisten Bauernhöfe in Deutschland und der EU. Im Jahr 2008 verzeichnete die deutsche Agrarindustrie einen Exportrekord bei Schweinefleisch. Gleichzeitig gab jeder sechste Schweinehalter in Deutschland auf, weil die Erzeugerpreise im Keller waren. Die Zahl der Schweine blieb unterdessen konstant hoch, weil Großbetriebe immer größere Ställe für die Massentierhaltung bauen.

Heilsversprechen Wachstum und Export

Nur sechs Konzerne verkaufen zusammen 90 Prozent der Lebensmittel in Deutschland¹. Diese Marktmacht und die Überschüsse am Markt erlauben ihnen, die Preise für die Lieferanten stark zu drücken (www.bund.net/index.php?id=518 und www.supermarktmacht.de). Doch Billiglebensmittel gibt es nicht zum Nulltarif. Sie basieren auf hohen externen Kosten für Umweltschäden, Subventionen und Ausbeutung von Arbeitnehmer/innen.

Beliefert werden die Supermärkte hauptsächlich von der Ernährungsindustrie. Für diese zeichnet sich jedoch eine Wachstumsgrenze ab, die sie überwinden will.

- Die Menschen in Europa sind satt. Auch wenn Lebensmittel nicht für alle Menschen gleich erschwinglich sind, zeigen Statistiken, dass wir in Deutschland nur noch 12 Prozent unseres Einkommens für unser Essen ausgeben.
- Viele Menschen leiden unter Folgeerkrankheiten von Überernährung.
- Rund 30 Prozent der Lebensmittel landen im Müll. Ein deutliches Zeichen für Überfluss.
- Der Fleischkonsum geht leicht zurück.

Interessen der Ernährungs- und Agrarindustrie

Kosten für landwirtschaftliche Rohstoffe senken mit Instrumenten wie

1. Höchstleistung bei Tieren und Pflanzen erzielen durch Zucht, Gentechnik, intensive Düngung bzw. Fütterung, mehr Tiere auf weniger Platz halten; gesetzliche Umwelt- und Tierschutzstandards senken/abschaffen
2. Mehr bzw. größere Maschinen zur Senkung der Arbeitskosten; Leiharbeit
3. Große Agrarbetriebe, die größere Mengen einheitlicher „Ware“ liefern
4. Subventionen für die Industrialisierung der Agrarproduktion und Export (weiter wie bisher)

5. Export auf den Weltmarkt: Politik soll für Liberalisierung und Zollsenkung in Zielländern sorgen (weiter wie bisher)

6. Heilsversprechen: Die Öffentlichkeit soll glauben, Produktivitätssteigerungen dienen der Bekämpfung des Welthungers

Der BUND unterstützt die Erkenntnisse des Weltagrарberichtes www.weltagrарbericht.de²

1. Höchststerträge in der Landwirtschaft basieren auf einem hohem Verbrauch fossiler Energie v.a. für Dünger. Die Vorräte fossiler Energieträger werden weniger und ihr Einsatz verursacht massive Klimaschäden. Gentechnik hat seit 30 Jahren nicht zur Reduktion des Hungers beigetragen, sondern zu einem höheren Pestizideinsatz. Intensivlandwirtschaft ist daher eine Sackgasse.
2. Die Fleischproduktion verbraucht viel mehr Fläche und Wasser als die Pflanzenproduktion. Sie verursacht massive Klima- und Umweltschäden. Der zu hohe Fleischkonsum ist gleichzeitig ungesund. Milch- und Fleischproduktion müssen ebenso wie der Konsum – vor allem in Industrieländern – sinken, um Klimaschutz und Welternährung zu sichern.
3. Bäuerliche Landwirtschaft und eine breite Arten- und Sortenvielfalt (Agrobiodiversität) sind die Träger einer nachhaltigen Landwirtschaft und Ernährungssicherung. Doch sie wird im Gegensatz zur Agrarindustrie viel zu wenig unterstützt.
4. Die Subventionen in Industrieländern sind nicht an Nachhaltigkeitsziele gekoppelt und schaden oftmals der Umwelt und der bäuerlichen Landwirtschaft, insbesondere Kleinbauern in Entwicklungsländern.
5. Der heutige Agrarhandel dient nicht der Grundversorgung der Weltbevölkerung mit Lebensmitteln. Seine Regeln stehen der Ernährungssouveränität entgegen.

Die Ernährungsindustrie will wachsen und setzt daher auf den Export von Lebensmitteln in Länder außerhalb Europas. Doch die Lebensmittel-erzeugung in Europa ist teurer, vor allem weil Boden und Arbeit mehr kosten als in anderen Weltteilen.



¹ Quelle: Oxfam 2009; www.supermarktmacht.de

² Im Auftrag der Vereinten Nationen und der Weltbank faßten 500 Wissenschaftler/innen und Wissenschaftler im Weltagrарbericht (ähnlich wie beim Weltklimabericht) den Stand des globalen Wissens über die Zukunft der Landwirtschaft zusammen. Die Ergebnisse sind unbequem und alarmierend. Sie mahnen zu einer Abkehr von der Industrialisierung der Landwirtschaft und zeigen Auswege auf.

EU-Agrarexporte: Wirtschaftlich aussichtslos und klimapolitisch fatal!

Derzeit unterstützen die Bundesregierung und die EU einseitig die Interessen der exportorientierten Industrie – auf Kosten der Nachhaltigkeit. 2010 will die Bundesregierung mit über 7,5 Millionen Euro die Exporte deutscher Agrargüter fördern¹. Mehr als je zuvor.

Experten meinen dagegen, dass zum Beispiel Schweinefleisch und Milch aus der EU trotz der niedrigen Umweltstandards auf dem Weltmarkt gar nicht konkurrenzfähig sind. So empfiehlt der Europäische Rechnungshof, dass die Politik dafür sorgen soll, dass nur so viel Milch produziert wird, wie in Europa gebraucht wird. Die Überproduktion kostet nämlich viel Geld, und zwar unser Steuergeld, das in Lagerkosten und Agrarsubventionen fließt. Hinzu kommen die enormen Kosten für Umweltschäden. Die Bauern haben nichts davon. Deshalb lehnen auch die Milchbauern Exportsubventionen ab.

Prognosen für die Entwicklung des Weltmarktes für Fleisch und Milch besagen zudem, dass Länder wie China und Russland zunehmend ihre eigene Landwirtschaft ausbauen und die Nachfrage nach Fleisch und Milch aus der EU daher längst nicht so hoch ist wie die EU-Kommission noch vor Kurzem unterstellt hat.

Das Bundeslandwirtschaftsministerium und der Deutsche Bauernverband vertreten die Ansicht, dass wir hier höhere Umweltstandards haben als in anderen Weltteilen und dies die Produktionskosten in die Höhe treiben würde. Doch eine Studie im Auftrag des Ministeriums selbst ergab, dass die geltenden Umwelt- und Tierschutzstandards nicht so hoch und schon gar nicht so teuer sind, um pauschale Agrarsubventionen damit zu rechtfertigen². Trotzdem wollen die Bundesregierung, der Deutsche Bauernverband und die Industrie, dass die Agrarsubventionen weiter

wie bisher fließen. Nur wenn der Staat die auf Exporte fixierte Agrarwirtschaft massiv mit Geld vollpumpt, können die Konzerne ihre Bilanzen mit „Wachstum“ schmücken.

Doch warum sollte die Gesellschaft dafür mit Steuergeldern aufkommen? Das fragen viele Organisationen und verlangen, dass die Agrarsubventionen eine echte Rechtfertigung bekommen: Nachhaltigkeitsziele statt Wachstumsziele.

Der BUND fordert von der EU und von der Bundesregierung, die Überschussproduktion und Exportförderung zu stoppen.

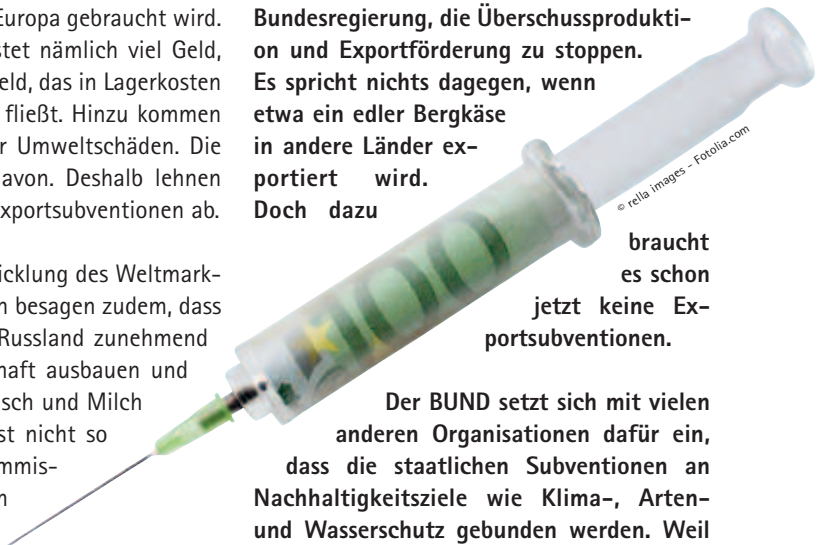
Es spricht nichts dagegen, wenn etwa ein edler Bergkäse in andere Länder exportiert wird. Doch dazu

braucht es schon jetzt keine Exportsubventionen.

Der BUND setzt sich mit vielen anderen Organisationen dafür ein, dass die staatlichen Subventionen an Nachhaltigkeitsziele wie Klima-, Arten- und Wasserschutz gebunden werden. Weil das bisher nicht der Fall ist, brauchen wir eine grundlegende Umverteilung der Gelder und viel strengere Mindeststandards zum Schutz der Umwelt und der Tiere in der Landwirtschaft. Kurz: eine Agrarreform. Die könnte in den nächsten drei Jahren durchgesetzt werden. Doch dazu braucht der BUND Ihre Unterstützung. Wie Sie zu einer nachhaltigen Landwirtschaft und artgerechter Tierhaltung beitragen können, erfahren Sie auf den folgenden Seiten und unter www.bund.net.

¹ Quelle: BMELV 2009

² Quelle: VTI 2009, Quantifizierung „gesellschaftlich gewünschter, nicht marktgängiger Leistungen“ der Landwirtschaft



Landwirtschaft im Klimawandel



© www.wikipedia.de

Die Landwirtschaft ist hinsichtlich des Klimawandels Opfer und Täter gleichzeitig. Einerseits müssen viele Bauern und Bäuerinnen mit weniger Niederschlag rechnen, der vermehrt im Winter fällt, während die Sommer noch trockener werden könnten. Klimaexperten warnen, dass extreme Witterungsereignisse wie Starkregen, Überschwemmungen und Stürme zunehmen. Sowohl zu wenig als auch zu viel Regen kann für den Anbau von Lebensmitteln und für die Viehzucht ein Problem sein. Auch neue Schädlinge und Krankheiten tauchen bei uns auf, wenn es wärmer wird.

Die intensive Landwirtschaft trägt gleichzeitig selbst zum Klimawandel bei. Allein die deutsche Landwirtschaft verursacht jährlich 133 Millionen Tonnen CO₂, das entspricht rund 13 Prozent aller Treibhausgase in Deutschland. Das ist fast so viel wie der Straßenverkehr verursacht. Während es für den Straßenverkehr bereits klare Ziele zur Senkung der Klimagase gibt, fehlen solche verbindlichen Ziele für die Landwirtschaft.

Die größten Treibhausgasquellen aus der Landwirtschaft sind

- Moore, die intensiv zum Beispiel als Ackerland genutzt werden. In den Moorböden sind große Mengen Kohlenstoff gebunden. Wird der Boden entwässert und umgepflügt, dann entweicht der Kohlenstoff in Form der Treibhausgase CO₂, Methan und Lachgas. Rund acht Prozent aller Agrarflächen in Deutschland sind Moorflächen. Wegen der intensiven Bewirtschaftung gehen aber rund 30 Prozent aller Klimagase der Landwirtschaft von ihnen aus.
- Die Tiere, insbesondere die Rinder, spielen eine Doppelrolle in der Klimabilanz. Zwar stammen 16 Prozent der Klimaemissionen aus der Rinderhaltung. Weniger Rinder wären daher ein sinnvoller Klimaschutz. Gleichzeitig aber können Rinder zum Klimaschutz beitragen, wenn sie artgerecht gehalten und gefüttert sowie zur Pflege von Wiesen und Weiden eingesetzt werden.

Klee in der Fruchtfolge sammelt den Dünger (N) aus der Luft und versorgt sich selbst, die Nachbarpflanzen und die nächste Kultur auf dem Acker mit Nährstoffen. Gleichzeitig fördert Klee grasanbau den Humus im Boden und versorgt Nutztiere mit Eiweiß (Protein). Daher ist Klee gras fester Bestandteil im Ökolandbau. Auch die Artenvielfalt profitiert von den bunten Klee graswiesen. Sie sind eine der vielen Möglichkeiten, mit geschickten Fruchtfolgen gegen die Überdüngung vorzugehen.

„Less meat –
less heat“
„Weniger Fleisch
– weniger Klima-
erwärmung“
Paul McCartney

Denn Wiesen und Weiden – sogenanntes Grünland – speichern große Mengen CO₂ dauerhaft im Boden. Da wir Menschen aber kein Gras essen können, ist es ökologisch sinnvoll, wenn Rinder und andere Wiederkäuer wie Schafe und Ziegen das Gras verwerten und uns auf diese Weise Weide-Milch und Weide-Fleisch liefern¹. Weil aber die meisten der 12 Millionen Rinder in Deutschland nicht auf der Weide, sondern im Stall gehalten werden, und weil sie statt Gras immer mehr Mais und importiertes Soja bekommen, werden immer weniger Wiesen gebraucht und zu Ackerland umge-

pflügt. Wenn jedoch Grünland umgepflügt wird, trägt dies massiv zum weiteren Ausstoß von Treibhausgasen bei.

- Künstliche Düngemittel bilden ebenfalls eine große Quelle für Treibhausgase aus der Landwirtschaft. Ihre Herstellung kostet viel fossile Energie. Zudem entweicht ein Teil der Nährstoffe als besonders klimaschädliches Lachgas in die Luft.

Fazit: Zum Klimaschutz brauchen wir insgesamt viel weniger Tiere, und diese müssen raus auf die Weide!

Treibhausgase aus der Landwirtschaft in Deutschland 2004

(Angaben in Prozent und Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten)

Emissionsquelle	in Prozent	in Millionen Tonnen
Direkte Emissionen aus der Rinderhaltung	16 %	22,50 t
Ackerbau auf Moorböden	15 %	20,30 t
Vorleistungen aus anderen Wirtschaftsbereichen	15 %	19,90 t
Grünlandnutzung von Moorböden	13 %	16,60 t
Mineraldüngereinsatz	8 %	10,60 t
Auswaschungen	7 %	8,90 t
Energieeinsatz	5 %	6,80 t
Wirtschaftsdüngereinsatz	4 %	5,90 t
Landnutzungsänderungen	3 %	3,60 t
Direkte Emissionen aus der Schweinehaltung	2 %	2,40 t
Sonstiges	12 %	15,40 t

Quelle: Wegener, J., Lücke, W., Heinzemann, J. (2006): Analyse und Bewertung landwirtschaftlicher Treibhausgas-Emissionen in Deutschland. In: Agricultural Engineering Research 12. S. 107–109 sowie Deutscher Bundestag (2006): Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Cornelia Behm, Ulrike Höfken und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 16/5346.

Über 70 Prozent der Treibhausgase gehen auf das Konto tierischer Produkte. Verbraucher können mit einem reduzierten Fleisch- und Milchverzehr, Brüssel und Berlin mit dem Abbau der Überschüsse bei Milch und Fleisch sowie Limits für die Emissionen aus der Tierhaltung wirksam zum Klimaschutz beitragen.

¹ Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass die CO₂-Bindung des Weidelandes die Methan- und Lachgasemissionen der Rinderhaltung kompensieren können. (Vgl. „Klimawandel und Futterbau“, Prof. Dr. F. Taube, Christian-Albrechts-Universität Kiel, 2009)

Lebensversicherung Artenvielfalt

Die intensive Landwirtschaft trägt maßgeblich zum Verlust der Artenvielfalt bei. Hauptursache dafür ist die hohe Menge an Mineraldünger und Gülle, mit denen Bauern und Bäuerinnen versuchen, jedes Jahr Höchstserträge zu erzielen. Die Pflanzen können meist nicht alle Nährstoffe aufnehmen. Ein erheblicher Teil gelangt daher mit dem Regen ins Grundwasser oder in Flüsse. Ein anderer Teil entweicht in die Luft. Diese Überdüngung führt zum Verlust von Lebensräumen derjenigen Tiere und Pflanzen, die so viel Dünger nicht vertragen.

Artenvielfalt stirbt an Überdüngung, Pestiziden, Monokulturen und riesigen Feldflächen ohne Baum und Strauch

Weil die intensive Landwirtschaft über die Hälfte der Landoberfläche in Deutschland bewirtschaftet, verschwinden immer mehr Lebensräume (Biotope), die nur wenig Nährstoffe aufweisen, jedoch genau deshalb eine hohe Artenvielfalt beherbergen. Die höchste Artenvielfalt weisen dabei Wiesen und Weiden auf. Doch mit der intensiven Landnutzung, mit einem Zuviel an Dünger und Pestiziden, mit dem Umpflügen von Wiesen und Weiden, mit dem Verschwinden von Ufer- und Ackerrandstreifen und mit dem Abholzen von Hecken gehen ihre in Jahrtausenden angestammten Lebensräume verloren. Frühere Allerweltsarten wie Kiebitz, Feldlerche, Feldhamster und viele andere Tiere und Pflanzenarten stehen heute auf der Liste der bedrohten Arten.

Dienstleistungen der Artenvielfalt

Die Artenvielfalt zu erhalten ist für uns Menschen eine Form der Lebensversicherung. Die verschiedenen Arten haben spezielle Funktionen in unseren Ökosystemen. Nur wenn diese Ökosysteme gut funktionieren, können sie

wichtige Aufgaben für uns Menschen übernehmen. Nur ein gesunder Boden mit einer Vielzahl von Kleinlebewesen und mit ausreichend Humus kann optimal den Regen filtern und zu sauberem und ausreichendem Grundwasser beitragen. Grundwasser ist unsere Hauptquelle für Trinkwasser.

Um die Gewässer in Deutschland bis zum Jahr 2015 wieder in einen guten Zustand zu bringen, werden offiziellen Schätzungen zufolge rund 10 Milliarden Euro benötigt¹. Dennoch zeichnet sich schon jetzt ab, dass wir den angestrebten guten Zustand der Gewässer längst nicht flächendeckend erreichen werden. Der Hauptgrund: Die Landwirtschaft ist nicht verpflichtet, das Wasser effektiv sauber zu halten. Landwirte können zwar freiwillig an Umweltprogrammen teilnehmen. Doch oft sind die finanziellen Anreize dazu nicht hoch genug. Indes erlauben die gesetzlichen Mindeststandards eine starke Überdüngung und einen hohen Pestizideinsatz.

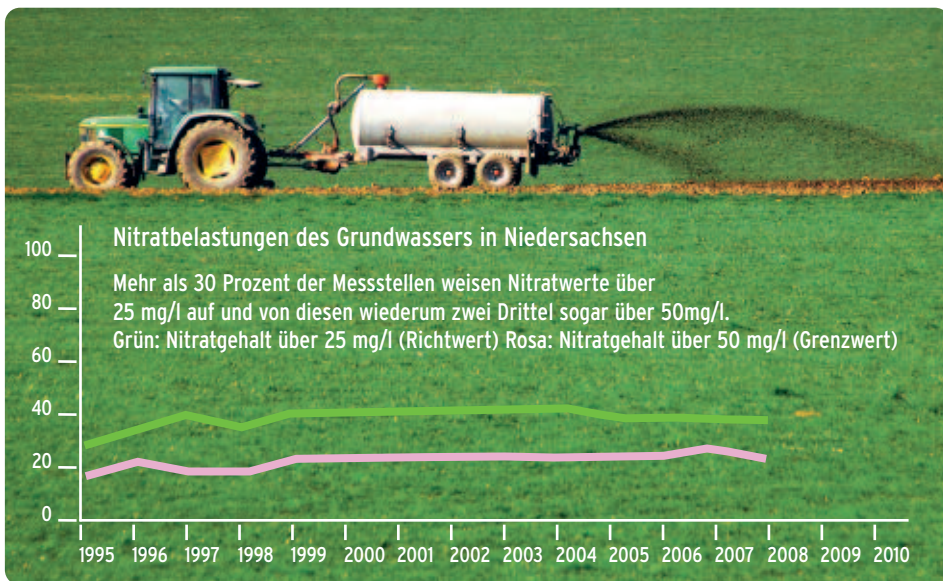
Jährlich werden mehr Pestizide verkauft und belasten die Umwelt. Zu weiche Umweltstandards für die Landwirtschaft machen's möglich.

Nur eine intakte Vielfalt an wilden und kultivierten Pflanzenarten bietet Insekten wie den Bienen eine ausreichende und gesunde Futtergrundlage für das ganze Jahr. Die Bienen wiederum helfen uns, mit der Bestäubung vieler Kulturen wie Obstbäumen und Rapsfeldern gute Ernten zu sichern. Fehlen die Bienen, geht der Ertrag um bis zu einem Drittel zurück. Der Verlust der Artenvielfalt kommt uns daher letztendlich teuer zu stehen.

1 Klauer, UFZ 2009; HMUJELV 2009

Überdüngung – Quellen und Folgen

Niedersachsen ist die Hochburg der Massentierhaltung in Deutschland. Das Grundwasser an fast jeder 5. Messstelle ist derart stark mit Nitrat belastet, dass es nicht mehr zum Trinken geeignet ist. 85 Prozent des Trinkwassers wird in Niedersachsen aus dem Grundwasser gewonnen. Dennoch genehmigen die Behörden gerade in der Region von Elbe, Weser und Ems die meisten neuen Massentierhaltungen im Bundesvergleich.



Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, © photocase/Stefanie Roth

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen stellt in seiner Stellungnahme zur europäischen Agrarpolitik fest, dass die intensive Landwirtschaft mit 61 Prozent der Gesamtstickstoffemissionen in Gewässern größter Verursacher von Stickstoffbelastungen in unseren Süßwasserökosystemen ist. Damit ist sie die Hauptursache für Nitrat im Grundwasser. 58 Prozent der Stickstoffeinträge und 49 Prozent der Phosphateinträge, die über Flüsse in die Ostsee gelangen, stammen primär aus der Land- und Forstwirtschaft (SRU 2009).

den Nährstoffüberschuss festlegen. Gleichzeitig sollten finanzielle Anreize Bäuerinnen und Bauern ermutigen, auf besonders umweltfreundliche Landbaumethoden wie Ökolandbau umzusteigen. Wer dagegen unser aller Wasserressourcen belastet, muss dafür – auch finanziell – zur Verantwortung gezogen werden. Dies ist bisher nicht der Fall, sondern Überdüngung ist nach dem geltenden Ordnungsrecht straffrei.

Eine BUND-Studie zum bundesweiten Boom der Massentierhaltung finden Sie unter: www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/landwirtschaft/20090605_landwirtschaft_neue_anlagen_massentierhaltung_analyse.pdf

Anteile der Stickstoffzufuhr in den deutschen Agrarsektoren

Agrarsektor	Prozent
Mineraldünger	66
Tierfutterimporte	21
Leguminosen u. a.	7
Lufteintrag (Deposition, z. B. aus Verkehrsabgasen)	6

Quelle: Sachverständigenrat für Umweltfragen, SRU 2009

Die Überdüngung stagniert seit Jahren auf hohem Niveau und der Pestizidabsatz steigt. Der BUND fordert strengere Mindeststandards gegen Überdüngung und Pestizidbelastungen. Die EU muss verpflichtende Minderungsziele für

Massentierhaltung auf dem Vormarsch

Bei Umfragen sagen die meisten von uns, dass sie von der Landwirtschaft eine artgerechte Tierhaltung erwarten. Erst recht, wenn sie Subventionen erhält. Und wie leben die Tiere in der Landwirtschaft nun tatsächlich?

Wenn Sie über Land fahren, schauen Sie einmal aus dem Fenster, ob Sie Tiere auf der Wiese sehen. Nur noch selten taucht eine Kuhherde auf, noch seltener eine Schweinegruppe und Geflügel kennen wir zumeist nur noch von Bildern. In Deutschland leben 26 Millionen Schweine, 13 Millionen Rinder und rund 50 Millionen Hühner, Broiler und Puten – aber niemand sieht sie. Die Haltung unserer Nutztiere erfolgt zu weit über 90 Prozent in Ställen, die nach industriellen Maßstäben funktionieren: Tausende Tiere in einem künstlich klimatisierten Stall, dicht gedrängt, überwiegend ohne Stroh, über dem eigenen Dung dahinvegetierend. Die Jungtiere, insbesondere bei Geflügel, stammen oft aus tierquälerischer Zucht und werden quer durch Europa transportiert. Die Tierschutz-Verordnungen in Deutschland erlauben, dass Schweinen regulär die Schwänze und Zähne abgekniffen, Hühnern und Puten die Schnäbel kupiert werden. Am Lebensende der Tiere steht ein oft langer Transport zum Schlachthof.

Das Futter stammt zunehmend nicht vom Hof, auf dem die Tiere gemästet und gemolken werden, sondern wird auf dem Weltmarkt beschafft, wo es gerade am billigsten ist. Insbesondere Eiweißfutter wächst kaum noch in Europa, nachdem die Subventionen dafür gesenkt wurden. Anstelle von Ackerbohnen, Erbsen und Klee werden Hochleistungstiere mit gentechnisch veränderter Soja aus Brasilien und Argentinien gemästet. Dort wird für

den Sojaanbau in großem Umfang Regenwald abgeholzt. Dennoch ist importierte Soja das billigste Eiweißfutter.

Aus den Mega-Mastanlagen entspringt vielerorts ein „Gülle-Tsunami“, der kaum kontrolliert wird. Mit Ammoniak, Nitrat, Antibiotika und Schwermetallen wie Kupfer verursacht die intensive Tierproduktion massive Umweltschäden wie Gewässer- und Bodenbelastungen, die die Agrarindustrie der Gesellschaft aufbürdet.

Oftmals übernehmen Fleischkonzerne auch selbst das komplette Management eines Stalles. Der Landwirt ist dabei Lohnarbeiter statt selbstständiger Bauer. Seine Arbeitskraft ist knapp kalkuliert: Mithilfe von Computerfütterung und anderen Rationalisierungsinstrumenten ist eine Arbeitskraft für zum Beispiel 40.000 Hühner oder 2.000 Mastschweine zuständig¹. Eine individuelle Tierbetreuung ist dabei kaum möglich. Folge: In der industriellen Tierhaltung ist Tierleid Programm.

1 Quelle: Jahrbuch Geflügelwirtschaft 2004

Doch Massentierhaltung setzt sich nicht überall durch. Der BUND hilft beim Widerstand gegen die industrielle Massentierhaltung (www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/landwirtschaft/tierschutz/widerstand/). Dazu hat der BUND auch das bundesweite Netzwerk der BUNDgruppen und Bürgerinitiativen „Netzwerk für Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ mitgegründet. Außerdem entwickelt der BUND gemeinsam mit bäuerlichen Landwirtschaftsbetrieben Alternativen für eine Qualitätserzeugung und für ökologische Alternativen in der Fleisch- und Milcherzeugung mit Weidehaltung und heimischem Futter.

Wenn schon Fleisch, dann Biofleisch oder NEULAND-Fleisch



© photodisc

Hier finden Sie Fleisch- und Wurstwaren aus nachhaltiger Erzeugung: www.oekolandbau.de und www.neuland-fleisch.de

Weitere Einkaufstipps finden Sie auf Seite 16 und auf www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/landwirtschaft/service/

Tierhaltung in Deutschland 2008: Anteil der Tiere, die nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus gehalten werden

Über 90 Prozent unserer Nutztiere stehen in Ställen, die nach industriellen Maßstäben funktionieren. Hier können wir Verbraucher mit einem bewussten Einkauf von nachhaltig erzeugten Produkten viel für den Tierschutz und die Umwelt tun.

	Deutschland	Zahl der Tiere in Ökohaltung	Anteil Konventionell	Anteil Öko
Milchkühe	4,2 Mio.	117.000	97,2 %	2,8 %
Mutterkühe	733.200	130.000	82,3 %	17,7 %
Rindfleisch (t)	1,2 Mio.	50.000	95,7 %	4,3 %
Zuchtsauen	2,3 Mio.	18.500	99,2 %	0,8 %
Mastschweineplätze ¹	17,8 Mio.	115.000	99,4 %	0,6 %
Schweinefleisch (t)	5,1 Mio.	21.000	99,6 %	0,4 %
Legehennen	41 Mio.	1,7 Mio.	95,9 %	4,1 %
Eierproduktion	12,8 Mio.	425.000	96,7 %	3,3 %
Masthähnchen	62 Mio.	380.000	99,4 %	0,6 %
Puten	11 Mio.	210.000	98,1 %	1,9 %

Quellen: ZMP-Erhebung 2000-2009, Statistisches Bundesamt 2008-2009, BLE 2000-2009, MEG 2009; BÖLW 2009

¹ Die Mast eines Schweins dauert 5-6 Monate, daher können auf jedem Tierplatz mehrere Tiere pro Jahr gemästet werden. 2008 wurde in Deutschland insgesamt 44 Millionen Schweine gemästet.

Gesunde Ernährung, Umwelt- und Klimaschutz ergänzen sich

An den weit verbreiteten ernährungsbedingten Krankheiten erkennen wir, dass viele von uns sich nicht optimal ernähren. Ein Zuviel an Fleisch, Wurst und Milchprodukten spielt dabei eine wesentliche Rolle. Rund 40 Prozent der Kalorien, die wir in Deutschland täglich zu uns nehmen, stammen aus tierischen Lebensmitteln. In Italien machen Fleisch- und Milchprodukte dagegen nur 24 Prozent der täglichen Kalorienzusammensetzung aus. Wenn wir den Fleischkonsum in Deutschland pro Person um rund die Hälfte senken würden auf im Schnitt 300–600g Gramm in der Woche, würden wir gesünder leben und könnten die gesamte Landwirtschaftsfläche auf Ökolandbau umstellen – bei gleichbleibender Selbstversorgung¹.

Mit weniger Fleisch und mehr frischem Obst und Gemüse lassen sich zudem ernährungsbedingte Gesundheitsrisiken für Übergewicht, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Gefäßerkrankungen, Krebs und Gicht reduzieren.

Der hohe Fleischkonsum belastet nicht nur unsere Gesundheit, sondern auch das Klima. In Europa steht längst nicht genügend Futterfläche für all die Tiere zur Verfügung, die hier gemästet werden. Zu der Futterfläche hierzu-lande beanspruchen wir nochmals rund ein Fünftel mehr vor allem für den Sojaanbau, überwiegend in Entwicklungs- und Schwellenländern. Das entspricht fast 20 Millionen Hektar, für die oft Regenwald abgeholzt wird. Zu dem hohen Fleisch- und Milchkonsum kommt die Überschusserzeugung noch hinzu. Insgesamt trägt die europäische Tierhaltung also massiv zum Klimawandel und zum Verlust der Artenvielfalt bei. Zudem stehen in den Ländern, aus denen die Sojabohnen stammen, die Futterflächen nicht mehr für den Anbau von Lebensmitteln für die lokale Bevölkerung zur Verfügung. Unsere massenhafte Fleischproduktion trägt daher auch zu Hunger und Vertreibung bei. Eine klimafreundliche Ernährung

hat also zahlreiche positive Zusatzeffekte: Gesundheit, Tierschutz, Sozialverträglichkeit, Umweltschonung.

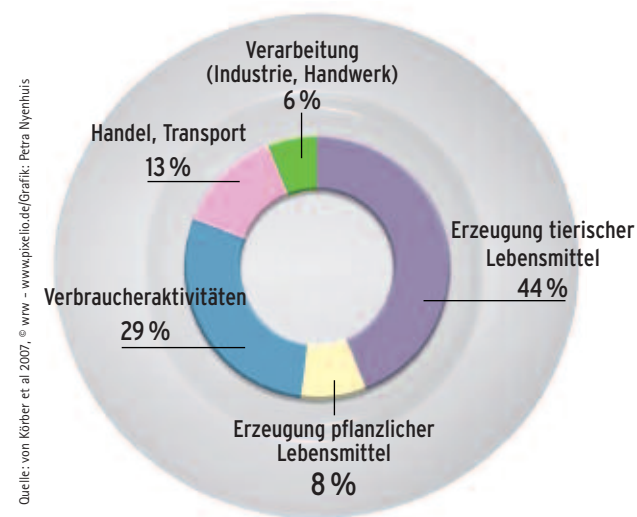
CO₂-Einsparpotenziale bei Lebensmitteln

Maßnahme	Potenzial
Frische Ware, keine Tiefkühl-Produkte	2%
Regionaler und saisonaler Einkauf	bis 10%
100% Bioprodukte	bis 27%
Ernährung fleischreduziert (2-mal Fleisch, 1-mal Fisch/Woche)	bis 31%
Ernährung vegetarisch (kein Fleisch und Fisch)	bis 47%

Das größte Einsparpotenzial für Treibhausgase liegt in der Reduzierung des Konsums tierischer Lebensmittel, gefolgt von ökologischer Erzeugung.

Quelle: Keller 2009

Verteilung der Treibhausgas-Emissionen im Bereich Ernährung



Wer als Verbraucher/-in mit dem Rad einkaufen fährt, den Rohkostanteil gegenüber gekochten Lebensmitteln erhöht und auf Erdbeeren im Winter und andere „Flug-Früchte“ verzichtet, kann das Klima prima schonen. Vollwerternährung mit wenig Milch- und Fleischprodukten, nur hin und wieder ein Ei, das hält uns und die Umwelt fit.

¹ vergl. Seemüller 2001; von Koerber et al 2008

Quelle: von Köber et al 2007, © wrrw - www.pixello.de/Grafik: Petra Nyenhuis

Regional und saisonal – 1. Wahl

Der BUND empfiehlt: Achten Sie beim Einkauf auf diese Siegel.



Viele Feinschmecker haben es bereits entdeckt: Obst und Gemüse schmeckt frisch geerntet am besten. Regionale und saisonale Gemüse sind frischer und daher geschmacklich im Vorteil gegenüber weit transportierten Lebensmitteln. Auch mit gesunden Inhaltsstoffen, Vitaminen und Mineralstoffen können wir uns das ganze Jahr über hervorragend aus heimischem Anbau versorgen. Die Umwelt profitiert, weil Transporte gespart werden.

Ökologische Lebensmittel – gesünder und umweltfreundlicher

Die Gehalte an Vitaminen, Mineralstoffen und anderen Nährstoffen in Lebensmitteln schwanken in Abhängigkeit vom Standort, der Bodenqualität, der Sorten und dem Erntezeitpunkt. Studien belegen gleichwohl bei Öko-Obst und -Gemüse höhere Gehalte an gesundheitsfördernden sekundären Pflanzeninhaltsstoffen und teils auch höhere Mengen an Vitamin C als konventionelle Vergleichsprodukte. Dieser Vorsprung hat vor allem zwei Gründe: Biolebensmittel werden nicht durch Pestizide vor Fressfeinden und Krankheiten geschützt und bilden daher selbst mehr Abwehrstoffe wie Antioxidanzien. Zudem wirkt der synthetische Dünger im konventionellen Anbau wie ein Verdünnungsmittel: die Pflanzen wachsen schneller und nehmen dabei vor allem mehr Wasser auf.

Positiv für Gesundheit und Umwelt wirken sich auch die geringeren Nitratgehalte von Ökoprodukten aus. Und natürlich ist es ein großer Vorteil für unsere Gesundheit und auch

für die Artenvielfalt, dass im Biolandbau synthetische Pestizide verboten sind. Auch tierische Lebensmittel aus Ökolandbau sind vorteilhaft, weil sie in der Regel höhere Anteile an Omega-3-Fettsäuren enthalten, die als besonders gesund gelten. Eine niederländische Studie zeigt, dass Kleinkinder seltener an Hautallergien leiden, wenn sie Biomilch statt konventioneller Milch trinken. Auch dies lässt sich erklären: Tiere auf dem Biohof fressen Gras und Heu und bekommen auf der Weide viel Sonne ab. Ihre konventionellen Artgenossen fressen vor allem Mais, Getreide und Soja und sehen oft ihr Leben lang keine Sonne.

Einen Vorteil für Mensch und Tier bieten auch Bioeier. Sie sind weniger mit Keimen belastet, die Resistenzen gegen Antibiotika aufweisen. „Somit leistet die ökologische Tierhaltung nicht nur einen Beitrag zum Tierschutz, sondern trägt darüber hinaus auch wesentlich zur Sicherung der weiteren Wirksamkeit von Antibiotika bei Mensch und Tier bei“, so Prof. Johann Bauer, Inhaber des Lehrstuhls für Tierhygiene an der Technischen Universität München. „Und das ist für den Verbraucher ein klarer Gesundheitsvorteil.“ Bakterien können vom Tier auf den Menschen übertragen werden – und umgekehrt. Je weniger Resistenzen gegen Antibiotika Bakterien aufweisen, desto besser könnten sie im Krankheitsfall behandelt werden.



Agrarreform – dringender denn je

Obschon Deutschland wichtige Abkommen für Nachhaltigkeit nicht erfüllt, will die Bundesregierung eine nachhaltige Reform der EU-Agrarpolitik blockieren.

- a) Deutschland verfehlt die Zielmarkte der EU-Richtlinie zur Senkung der Ammoniak-Emissionen bis 2010¹. Ammoniak stammt zu 95 Prozent aus der Landwirtschaft, hauptsächlich aus intensiven Tierhaltungen.
- b) Deutschland verfehlt das Ziel, im Zuge des internationalen Übereinkommens über die biologische Vielfalt den Verlust der Artenvielfalt bis 2010 zu stoppen. Eine der Hauptursachen: Überdüngung.
- c) Die Überdüngung stagniert auf hohem Niveau, obwohl die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie eine Senkung bis 2010 versprochen hat. Stattdessen hat sie die Düng-Verordnung 2006 aufgeweicht und setzt beim Wasserschutz auf freiwillige Maßnahmen der Bauern.
- d) Die Bundesregierung unterstützt das Millenniums-Ziel, die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren. Mit der Ausweitung der Fleischproduktion (Flächenverbrauch) und der aggressiven Exportstrategie für Agrarprodukte (Zerstörung lokaler Märkte), trägt sie jedoch dazu bei, dass tatsächlich die Zahl der Menschen in extremer Armut weltweit steigt.

Die Ziele der Agrarpolitik müssen zu bestehenden Nachhaltigkeitszielen beitragen:

1. Klimaschutz: Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen aus der Landwirtschaft um 40 Prozent bis 2020;
2. Artenvielfalt: Effektiver Stopp des Verlustes der Artenvielfalt;
3. Strenger Gewässerschutz gemäß den Zielen der EU-Wasserrahmenrichtlinie;
4. Faire Marktregeln für regionale und ökologische Produkte zur Sicherung und Entwicklung lebendiger ländlicher Regionen mit nachhaltigen Einkommensmöglichkeiten.

5. Ernährungs-Souveränität: Die Agrarpolitik in Deutschland und Europa muss zum Schutz und zur Entwicklung lokaler Märkte und der regionalen Lebensmittelversorgung auch in Entwicklungsländern beitragen.
6. Verbraucherinformationen zu gesunder, klimafreundlicher und tierschutzgemäßer Ernährung.

Diese Ziele sind erreichbar, wenn Subventionen gezielt umverteilt werden für Leistungen im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz. Pauschale Prämien sind durch qualifizierte Zahlungen zu ersetzen.

- Kern der Förderpolitik müssen künftig Agrarumwelt-, Naturschutz- und Tierschutzprogramme sein. Diese sind gleich zu Beginn der neuen Förderperiode (2014–2020) stark auszubauen. Dazu gehört eine stärkere Förderung des Ökolandbaus.
- In Zukunft muss der Förderanteil aus Brüssel umso höher sein, je mehr ein Programm zum Natur-, Umwelt- und Tierschutz beiträgt, damit Mitgliedstaaten diese Programme verstärkt anbieten. Bisher finanziert die EU pauschale Direktzahlungen zu 100 Prozent. Agrarumweltprogramme hingegen müssen von den Mitgliedsstaaten und Bundesländern ko-finanziert werden.
- Für naturbedingt benachteiligte Gebiete bzw. Flächen, deren Bewirtschaftung auch für den Naturschutz bedeutsam ist, muss ein qualifizierter Ausgleich gewährt werden. Ebenso ist für verpflichtende Anforderungen an die Bewirtschaftung von Flächen in NATURA 2000-Gebieten und Großschutzgebieten wie Biosphärenreservaten ein Ausgleich zu zahlen, mit dem der Schutz der Artenvielfalt und die Landschaftspflege entlohnt werden.
- Die Investitionsförderung ist strikt zu begrenzen auf Projekte zur Verbesserung der Standards im Tier-, Natur- und Umweltschutz. Die Förderung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung ist erheblich zu verbessern.

Der BUND setzt sich für eine multifunktionale, bäuerlich-ökologische Landwirtschaft mit globaler Verantwortung ein.

- Regionale und betriebliche Kreislaufwirtschaft und Denken in Generationen
- Ressourcenschonende, klimaverträgliche Landnutzung und Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaft und der Artenvielfalt
- Gentechnikfreie Erzeugung
- Flächengebundene, artgemäße Tierhaltung
- Nachhaltige Regionalentwicklung und Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum
- Naturverträgliche Waldwirtschaft

1 Vgl. Richtlinien 2001/81/EG und 2003/507/EG; UBA 2010

Leistungen des Ökolandbaus:
Klimaschutz (geringerer Energieverbrauch, Weidenutzung), Artenschutz (Verzicht auf synthetische Düngemittel und Pestizide), Förderung der Bodenfruchtbarkeit (Humusaufbau), respektvoller Umgang mit Nutztieren und Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

Auch die artgerechte Tierhaltung, wie extensive Rinder-, Schaf-, und Ziegenhaltung leisten wichtige ökologische Beiträge.

Reform für faire Marktregeln:

- Die Kennzeichnungsregeln müssen deutlich verbessert werden, um Wahlfreiheit für VerbraucherInnen und fairen Marktzugang für besonders nachhaltige Produkte herzustellen. So sind Milch, Fleisch und Eier, die mit gentechnisch veränderten, importierten Futtermitteln hergestellt wurden, verpflichtend zu kennzeichnen. Verbraucher müssen Fleisch aus Massentierhaltung ebenso leicht erkennen können wie heute bereits das Ei aus Käfighaltung.
- Stopp jeglicher Exportförderung bis 2013;
- Stopp der staatlichen Förderung für die Agrar- und Lebensmittelindustrie;
- Beenden der Börsenspekulation mit Lebens- und Futtermitteln zur Reduzierung der Preisschwankungen bei landwirtschaftlichen Produkten;
- Abkehr von der Exportfixierung, Reduktion der Überschusserzeugung und Stopp der Intervention.

Verpflichtenden Standards müssen die Ziele der Agrarpolitik wirksam absichern:

- Keine Gentechnik auf dem Feld und im Futter;
- Verbot von Monokulturen: Die Fruchtfolge muss mindestens drei verschiedenen Kulturen und einen Anteil von 20 Prozent Eiweißpflanzen (z.B. Leguminosen, Klee gras) aufweisen als Teil einer Strategie zur Selbstversorgung der EU mit heimischem Eiweißfutter ;
- 10 Prozent der Fläche jedes Betriebes ist extensiv zu bewirtschaften oder mit artenreichen Lebensräumen auszustatten (z.B. Hecken, Blühstreifen oder Wasserbiotop e);
- Verbot des Umpflügens von Grünland;
- Eine nachweislich ausgeglichene Bilanz des Bodenhumus und Hoftorbilanz für Stickstoff (N) und Phosphor;
- Kein Einsatz von Tieren aus Qualzucht; bessere Mindeststandards für Tierhaltung.

Betriebe, die diese Mindestanforderungen nicht erfüllen, sind von staatlicher Förderung auszuschließen. Die EU-Kommission und die Bundesregierung müssen sich in internationalen Gremien und Verhandlungen für eine Verbesserung der Umwelt- und Sozialstandards einsetzen.

Bundesregierung blockiert Agrarreform in Brüssel

Die Bundesregierung setzt falsche Schwerpunkte bei der Agrarpolitik. Milliarden an Steuergeldern sollen weiterhin für Millionäre fließen, die sich seit Jahren aus der 1. Säule bedienen! Für Bauern und Umwelt bleiben da nur Kleinstbeträge in der 2. Säule.

Agrarministerin Aigner behauptet: „Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU trägt zur Schonung natürlicher Ressourcen, zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Energieversorgung bei. Dazu sichert sie wettbewerbsfähige Betriebe und stärkt Wirtschaft und Beschäftigung in ländlichen Räumen.“ (...) „Deshalb hat sich die Koalition für eine starke 1. Säule und eine gut ausgestattete 2. Säule der EU-Agrarpolitik auch nach 2013 ausgesprochen.“ (BMELV, 8.12.2009)

Der BUND protestiert gegen diese Reform-Blockade der Bundesregierung.

Die Natur und Umwelt, das Klima und die Tiere brauchen Ihre Unterstützung:

Unterschreiben Sie den Brief an Ministerin Ilse Aigner und fordern Sie, dass jeder Euro der Agrarsubventionen an Umwelt- und Tierschutzleistungen gekoppelt werden muss.



© istockphoto.com - PahaM

Mein Agrargeld gezielt für die Umwelt!

Sehr geehrte Frau Ministerin Aigner,

mit Sorge lese ich Ihre Aussagen zur Zukunft der europäischen Agrarpolitik. Sie wollen die Direktzahlungen verteidigen als eine „starke 1. Säule“ der Agrarsubventionen. Dabei sind die Umweltregeln für die Direktzahlungen derart weich, dass die intensive Landwirtschaft rund 13 Prozent der Klimaemissionen in Deutschland verursacht und maßgeblich für den Verlust der Artenvielfalt und für Nitrat im Trinkwasser verantwortlich ist. Eine Studie aus dem von Thünen-Institut Ihres Ministeriums belegt, dass Umwelt- und Tierschutzstandards in Deutschland die pauschalen Direktzahlungen nicht rechtfertigen. Ich lehne es ab, dass mein Steuergeld für pauschale Direktzahlungen verschwendet wird.

Sehr geehrte Frau Aigner, derzeit herrscht insbesondere am Milch- und Fleischmarkt Überproduktion. Die Folgen: Schlachthöfe, Molkereien und Supermärkte können die Preise in den Keller drücken. Bauernhöfe geben unter diesem Preisdruck in großer Zahl auf. In vielen Dörfern entstehen unterdessen riesige neue Ställe mit Massentierhaltungen, die oft von Konzernen finanziert werden. Wir brauchen aber keine neuen Megaställe angesichts der Überproduktion.

Sie sind sich mit der Agrarindustrie einig, dass die Agrarüberschüsse auf den Weltmarkt exportiert werden sollen. Zu der Ansicht mag man kommen in einer Exportnation wie Deutschland. Doch Sie wollen die Agrarexporte im Jahr 2010 mit Steuergeldern aus Ihrem Ministeriumshaushalt in Höhe von insgesamt 8,5 Millionen Euro unterstützen. Die EU-Kommission plant im nächsten Jahr, Hunderte von Millionen Euro aus der 1. Säule für Exportförderung auszugeben. Ich lehne es ab, dass mit meinem Steuergeld die Exportgeschäfte weniger Konzerne subventioniert werden.

**Bitte senden Sie den Brief unterschrieben an:
BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Der BUND überreicht die Unterschriften
gesammelt an das Ministerium.**

Die Weltmarktpreise für Agrarprodukte liegen zumeist unter den Produktionskosten der Bauernhöfe hierzulande, sagt der Europäische Rechnungshof. Überschussproduktion und die Ausrichtung auf den Weltmarkt führen daher zu Preisdumping zum Schaden unserer Landwirte und der Bauern in Entwicklungsländern. Ihre Politik trägt zu einer verschärften Industrialisierung der Landwirtschaft, zu steigenden Klimaemissionen und zu steigender Armut bei.

Sehr geehrte Frau Ministerin, was bekomme ich für mein Steuergeld? Ich möchte klare Gegenleistungen für das Steuergeld, über das Sie in der Agrarpolitik bestimmen. Ich bin nicht bereit, für den Vorteil weniger Exportkonzerne die Nachhaltigkeit der ganzen Landwirtschaft aufs Spiel zu setzen. Ich will keine Massentierhaltungen und keine von der Industrie gesteuerte Landwirtschaft.

Bitte setzen Sie sich in Berlin und Brüssel dafür ein, dass nicht mehr produziert wird, als wir in Europa brauchen. Sorgen Sie dafür, dass unsere Nutztiere statt in Massentierhaltungen wieder naturschutzverträglich auf die Weide kommen und das Grünland somit optimal erhalten wird. Nur mit neuen, nachhaltigen Zielen und mit einer grundlegenden Umverteilung der Agrarsubventionen erreichen wir die Klima-, Arten- und Wasserschutzziele, zu denen Deutschland sich verpflichtet hat. Nur mit einer Reform der Agrarpolitik können Sie einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und mich von Ihrer Unabhängigkeit von der Agrarindustrie überzeugen.

Mit freundlichen Grüßen

Name

Anschrift

E-Mail (Sie können der Verwendung jederzeit widersprechen.)

Unterschrift

Die Erde braucht Freundinnen und Freunde

Der BUND hat bisher den Bau der größten Schweinemast in Haßleben/Brandenburg und viele weitere Massentierhaltungen verhindert. Doch die Bauanträge laufen weiter. Der BUND macht sich daher gleichzeitig stark für einen Tierschutz-TÜV für Ställe, eine bessere Kennzeichnung und politische Reformen für eine tierfreundliche und nachhaltige Landwirtschaft. Dafür brauchen wir dringend Ihre Unterstützung für Aktionen, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Gestalten Sie mit uns die Zukunft nachhaltig.

Ich will mehr Natur- und Umweltschutz

Bitte (kopieren und) senden an:

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.,
Friends of the Earth Germany, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin**

Oder werden Sie jetzt online Mitglied: www.bund.net.

Ich möchte

... mehr Informationen über den BUND

... Ihren E-Mail-Newsletter _____

Ich will den BUND unterstützen

Ich werde BUNDmitglied

Jahresbeitrag:

- | | | |
|---|--------------|-------|
| <input type="checkbox"/> Einzelmitglied | (ab 50 €) | |
| <input type="checkbox"/> Familie | (ab 65 €) | |
| <input type="checkbox"/> SchülerIn, Azubi,
StudentIn | (ab 16 €) | |
| <input type="checkbox"/> Erwerbslose, Alleinerziehende,
KleinrentnerIn | (ab 16 €) | |
| <input type="checkbox"/> Lebenszeitmitglied | (ab 1.500 €) | |

Wenn Sie sich für eine Familienmitgliedschaft entschieden haben, tragen Sie bitte die Namen Ihrer Familienmitglieder hier ein. Familienmitglieder unter 28 Jahren sind automatisch auch Mitglieder der BUNDjugend.

Name, Geburtsdatum

Name, Geburtsdatum

Ich unterstütze den BUND mit einer Spende

- Spendenbetrag €
 einmalig
 jährlich

Um Papier- und Verwaltungskosten zu sparen, ermächtige ich den BUND, den Mitgliedsbeitrag/die Spende von meinem Konto abzubuchen. Diese Ermächtigung erlischt durch Widerruf bzw. Austritt.

Name

Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Kreditinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

E-Mail, Telefon (Sie können der Verwendung jederzeit widersprechen.)

Datum, Unterschrift